

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Francke (Hamburg), Weiskirch (Olpe), Voigt (Sonthofen), Biehle, Dallmeyer, Ganz (St. Wendel), Frau Geier, Frau Krone-Appuhn, Löher, Dr.-Ing. Oldenstädt, Petersen, Wimmer (Neuss), Bahner, Berger (Lahnstein), Daweke, Haase (Kassel), Dr. Hupka, Dr. Jobst, Kalisch, Lowack, Sauer (Salzgitter), Sauter (Epfendorf), Dr. Stavenhagen und Genossen und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Hoppe, Gärtner, Schäfer (Mainz), Dr.-Ing. Laermann, Dr. Feldmann, Holsteg, Paintner, Popp, Dr. Rumpf und der Fraktion der FDP
— Drucksache 9/2357 —

Jahresberichte der hauptamtlichen Jugendoffiziere

Der Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung hat mit Schreiben vom 5. Januar 1983 die Kleine Anfrage namens der Bundesregierung wie folgt beantwortet:

1. Beabsichtigt die Bundesregierung in Zukunft, die Auswertung der Jahresberichte der hauptamtlichen Jugendoffiziere zu veröffentlichen und damit sicherzustellen, daß die sich hieraus ergebenden Erkenntnisse auch der Öffentlichkeit und den für die Öffentlichkeitsarbeit in der Bundeswehr verantwortlichen Kommandeuren und Dienststellenleitern bekanntwerden?

Die Auswertung der Jahresberichte der hauptamtlichen Jugendoffiziere diene bisher ausschließlich als interne Arbeitsunterlage der Öffentlichkeitsarbeit im Bereich der Streitkräfte und der Bundeswehrverwaltung. Sie ermöglicht den für die Öffentlichkeitsarbeit verantwortlichen Vorgesetzten Ziele und Schwerpunkte der Öffentlichkeitsarbeit in ihrem Verantwortungsbereich für einen überschaubaren Zeitraum im voraus zu bestimmen.

Der Bundesminister der Verteidigung wird die vorliegende Fassung des Berichts in den nächsten Tagen innerhalb der Streitkräfte so verteilen, daß er durch die für Öffentlichkeitsarbeit verantwortlichen Vorgesetzten ausgewertet werden kann.

Überlegungen, den Bericht grundsätzlich einer interessierten Öffentlichkeit zur Auswertung zu überlassen, sind zur Zeit zurückgestellt, um die Arbeit der Jugendoffiziere aus dem erwarteten Wahlkampf herauszuhalten.

Der Bundesminister der Verteidigung hat jedoch mit Schreiben vom 15. Dezember 1982 dem Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages und je einem Sprecher der Fraktionen Einsicht in die vorliegende Fassung der Berichte angeboten. Der Minister wird den Verteidigungsausschuß zu gegebener Zeit nach Auswertung in einer Zusammenfassung über die wichtigsten Erkenntnisse unterrichten.

2. Wie hat sich die Verbesserung der materiellen und personellen Ausstattung der Jugendoffizierarbeit bisher ausgewirkt, und beabsichtigt die Bundesregierung, weitere darüber hinausgehende Verbesserungen vorzunehmen?

Im Jahre 1982 wurden acht neue Dienstposten für hauptamtliche Jugendoffiziere geschaffen und besetzt, um die Flächendeckung ihrer Öffentlichkeitsarbeit zu verbessern. Berichte dieser Jugendoffiziere werden erst mit Ablauf des Schuljahres 1982/83 vorliegen und ausgewertet werden können.

Maßnahmen zur Verbesserung von Information, Organisation und materieller Ausstattung werden im Streitkräfteamt und im Bundesministerium der Verteidigung ständig geprüft und im Rahmen der Verfügbarkeit von Personal und Mitteln durchgeführt.

3. Wie hat sich das Verhältnis zwischen Jugendoffizieren und ihren militärischen Vorgesetzten entwickelt?

Öffentlichkeitsarbeit ist ein Teil der Führungsaufgabe der militärischen Vorgesetzten von der Ebene des Bataillonskommandeurs an aufwärts. Jugendoffiziere sind dabei Gehilfen, Berater und ausführende Organe, entbinden aber ihre Vorgesetzten von der eigenen Verpflichtung zur Öffentlichkeitsarbeit nicht. Die Erfahrung zeigt, daß die überwältigende Mehrzahl der Vorgesetzten Verständnis für die wichtige Aufgabe der Jugendoffiziere – und damit für die eigene – aufbringt.

4. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Jugendoffiziere im Rahmen ihrer Loyalitätspflichten im dienstlichen Einsatz einen gewissen Darstellungsspielraum in Anspruch nehmen können?

Die Jugendoffiziere sind zur Loyalität verpflichtet wie jeder andere Soldat auch. Ihr dienstlicher Einsatz erfordert einen breiten Darstellungsspielraum, um auf die Informations- und Argumentationsbedürfnisse von Diskussionsteilnehmern eingehen zu können. Der weite argumentative Spielraum der Jugendoffiziere findet dort seine Grenzen, wo Verfassung, Staatsordnung und Grundsatzentscheidungen von Parlament, Regierung und Bündnis zu vertreten sind.

Eine persönliche Stellungnahme bleibt den Jugendoffizieren unbenommen; sie muß aber als solche klar erkennbar sein.

5. Welche Erfahrungen liegen der Bundesregierung vor über die Zusammenarbeit der Jugendoffiziere mit Schulbehörden, Schulen der verschiedenen Schulformen und den Hochschulen?

Die Zusammenarbeit der Jugendoffiziere mit den Schulbehörden verläuft in aller Regel reibungslos. Ebenfalls ohne wesentliche Schwierigkeiten stellt sich die Zusammenarbeit mit Grund-, Haupt- und Realschulen sowie mit berufsbildenden Schulen dar. Häufiger als zuvor berichten aber Jugendoffiziere über erschwerte Bedingungen in der Zusammenarbeit mit Gymnasien; dies trifft besonders für die Sekundarstufe II zu.

Mit Hochschulen arbeiten Jugendoffiziere nur in Einzelfällen, d. h. örtlich und zeitlich begrenzt, zusammen. Eine ständige Zusammenarbeit findet nicht statt. Erfahrungsberichte, die eine verallgemeinernde Aussage erlaubten, liegen nicht vor.

6. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung aus den Erfahrungen der Jugendoffiziere über Veranstaltungen zur politischen Erwachsenenbildung vor?

Veranstaltungen der politischen Erwachsenenbildung sind nicht Hauptaufgabe der Jugendoffiziere, wenn die Jugendoffiziere auch öfter aus Mangel an – auf dem Felde der Sicherheitspolitik versierten – Referenten daran beteiligt werden. Wo immer aber Jugendoffiziere an Veranstaltungen – meist für Multiplikatoren in der Jugendbildung – beteiligt waren, was im Berichtszeitraum wesentlich häufiger als zuvor der Fall war, verlief die Zusammenarbeit ohne Schwierigkeiten und im Ergebnis fruchtbar.

7. Wo liegen nach Ansicht der Jugendoffiziere die wesentlichen Probleme beim Dialog mit jungen Menschen über Fragen der Friedens- und Sicherheitspolitik?

Der Dialog mit der Jugend war im Berichtszeitraum durch mehr Sachlichkeit und Toleranz als in den Vorjahren gekennzeichnet.

Das Hauptproblem beim Dialog mit jungen Menschen über Fragen der Friedens- und Sicherheitspolitik sehen Jugendoffiziere nach wie vor in den weitaus zu geringen Grundlagenkenntnissen. Nur bei Wortführern der Diskussion ist nach ihrer Ansicht deutlich verbessertes Wissen um sicherheitspolitische Zusammenhänge feststellbar.

Ein anderes Problem ist das der „selektiven Wahrnehmung“. Junge Menschen gehen oft mit vorgefaßten Meinungen an ein Problem, in eine Diskussion. Argumente akzeptieren sie dann nur, wenn sie die eigene Meinung stützen; auf Gegenargumente gehen sie häufig gar nicht erst ein.

Schließlich wird der Jugendoffizier nicht selten als Repräsentant der staatlichen und politischen institutionellen Macht abgelehnt. So muß sich der Jugendoffizier häufig mit dem Vorwurf der Unglaubwürdigkeit an Politik und Politikern auseinandersetzen.

8. Wie beurteilt die Bundesregierung die Zusammenarbeit zwischen den Jugendoffizieren und den einzelnen Parteien sowie den großen gesellschaftlichen Gruppen – vor allem auch der Kirchen und der Gewerkschaften – sowie den verschiedenen Jugendorganisationen?

Die Frage, wie die Bundesregierung die Zusammenarbeit zwischen den Jugendoffizieren und den einzelnen Parteien sowie den großen gesellschaftlichen Gruppen beurteilt, kann erst nach vollständiger Auswertung aller Berichte der Jugendoffiziere beantwortet werden.

Zusätzlich wird auf die in Frage 1 dargestellten Gesichtspunkte und das damit verbundene Angebot hingewiesen, Mitgliedern des Verteidigungsausschusses Einblick in die vorliegenden Berichte zu geben.

9. Wie beurteilt die Bundesregierung die Ergebnisse der Tagung, die der Deutsche Bundeswehrverband als Spitzenorganisation zur Vertretung der Interessen aller Soldaten mit den Jugendoffizieren am 26./27. Oktober 1982 durchgeführt hat?

Der Bundesminister der Verteidigung hält grundsätzlich Einladungen von Parteien, Verbänden, Organisationen und Einrichtungen der politischen Bildung an die Jugendoffiziere für sinnvoll, wenn sie das Ziel haben, die Informationsbasis der Jugendoffiziere zu vergrößern. Diese nehmen an derartigen Veranstaltungen nach eigenem Ermessen, d.h. außerhalb ihrer Regeldienstzeit – z.B. an Wochenenden –, teil. Information war auch Ziel der erwähnten Tagung des Deutschen Bundeswehrverbandes mit den Jugendoffizieren, so daß der – als Ergebnis der Tagung – verbesserte Informationsstand der Jugendoffiziere zu begrüßen ist.

10. Welche Maßnahmen hält die Bundesregierung aufgrund des diesjährigen Jahresberichts der Jugendoffiziere für erforderlich, um neben den Jugendoffizieren eine möglichst große Zahl von Offizieren und Unteroffizieren im Rahmen der Aus- und Weiterbildung intensiver als bisher mit Grundsatzfragen der Sicherheitspolitik und der Landesverteidigung vertraut zu machen und sie so zu befähigen, konstruktiv an der Friedensdiskussion teilzunehmen?

Grundsatzfragen der Sicherheitspolitik waren schon immer Bestandteil der Offizierausbildung. Diese Fragen werden seit geraumer Zeit in den bundeswehreigenen Medien verstärkt behandelt. Die Truppe wurde und wird mit entsprechender Fachliteratur versorgt. Zusätzlich plant der Führungsstab der Streitkräfte in Zusammenarbeit mit den Teilstreitkräften für das 1. Halbjahr 1983 ein Schwerpunktprojekt politischer Bildung. Hierbei sollen alle Einheitsführer und Bataillonskommandeure mit den Grundzügen der Sicherheitspolitik, mit deren ethischer Legitimation und den sich daraus ergebenden Notwendigkeiten für Rüstungskontroll- und Verteidigungsmaßnahmen (z.B. NATO-Doppelbeschluß) vertraut gemacht werden.